

JULIUS KALISKI · FREIWILLIGER ARBEITSDIENST

HINTER den deutschen Resolutionen zur Abrüstungspolitik in Genf steht eine Einheitsfront (die durch die Ausichtslosigkeit ihrer Stellung und die Unfruchtbarkeit ihrer Parolen nicht beirrt wird). Für eine Abrüstung unseres Arbeitslosenheers haben wir es noch nicht zu einer Einheitsfront gebracht. Soll man annehmen, daß diese Abrüstungspolitik, die einzig mögliche und lebensnotwendige, als weniger dringend empfunden wird? In jedem Fall wird sie weniger leidenschaftlich betrieben. Immerhin scheint in der jüngsten Zeit auf einem bisher betrittenen Gebiet eine gewisse Annäherung erfolgt zu sein: in der Frage des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Der Vorwärts hat sich nach langen Kämpfen mit den üblichen Beteuerungen eiserner Unnachgiebigkeit gegen den Freiwilligen Arbeitsdienst am 19. Mai zu einer positiven Auffassung entschlossen und diese Änderung der Haltung folgendermaßen begründet:

»Der Freiwillige Arbeitsdienst ist kein bloßes Programm mehr. Fast 60 000 junge Menschen sind bis heute im Freiwilligen Arbeitsdienst tätig gewesen. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat mit § 139a des Gesetzes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, indem sie die Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes der Reichsanstalt übertrug. Selbstverständlich darf man an die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes keine phantastischen Vorstellungen knüpfen. Schon die eingangs mitgeteilte Zahl beweist, daß im Freiwilligen Arbeitsdienst nur Bruchteile der Arbeitslosen erfaßt werden können. So gewiß auch die kriseneindämmende Rückwirkung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, zumal er ja nur nach Artikel 1 der Ausführungsverordnung vom 3. August 1931 für gemeinnützige zusätzliche Arbeiten eingesetzt werden darf, volkswirtschaftlich nicht sehr erheblich ist, so liegt die Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in der politisch-pädagogischen Sphäre, Junge Menschen, die oft seit Jahren arbeitslos waren und vielfach der Gefahr seelischer Abtumpfung oder politischer Überradikalisierung erliegen, lernen wieder die erfüllende Wirkung einer gesunden Arbeitsordnung kennen. Einer gesunden Arbeitsordnung! Jede Verbindung des Freiwilligen Arbeitsdienstes mit militärischem Drill, Unteroffiziers- und Feldwebelherrschaft muß entschieden abgelehnt werden. Sicherlich war dies vor allem der Grund für die zunächst zögernde Haltung der Freien Gewerkschaften gegenüber dem Freiwilligen Arbeitsdienst. Daß die lohnpolitische Seite des Problems jederzeit (trotz der ausdrücklichen Bestimmungen über den zusätzlichen Charakter des Arbeitsdienstes) kontrolliert werden muß, versteht sich ja von selbst.«

Dieser Erklärung des Vorwärts ging am 12. Mai in seiner Spätausgabe Der Abend eine sympathische Betrachtung Kurt Bleys über »Erfahrungen eines Republikaners« in einem vom Deutschen Republikanischen Studentenbund geschaffenen Arbeitslager im Emsland voran. Der Verfasser bezeichnet das Lagerexperiment als geglückt, meint, daß ihm ohne Zweifel zahlreiche Fortsetzungen folgen werden, und faßt seine Erfahrungen dahin zusammen:

»Sind die notwendigen Sicherungen gegen eine reaktionäre Ausdeutung des Arbeitsdienstes geschaffen, dann kann die Bewegung außerordentlich segensreich wirken. Ihr großer sozialpädagogischer Wert ruht darin, daß der erwerbslose Jugendliche aus der Lethargie dauernden Nichtstuns herausgerissen wird und im Kreise gleichaltriger Kameraden und Genossen sinnvolle Beschäftigung findet. Die erschütternden Fälle alozialer Jugendlicher, wie sie gerade die letzten Tage zeigten, das erschreckende Anwachsen der Tappelbrüder, die nach kurzer Zeit ins Lumpenproletariat herablinken, sprechen nur zu deutlich. Und ist das Anwachsen des Nationalsozialismus unter jungen Proletariern nicht bestimmend darauf zurückzuführen, daß der Jugendliche kein Klassenbewußtsein entwickeln kann, weil er noch niemals längere Zeit im Produktionsprozeß stand?«

Nach dem etwas langen Umweg über einen reaktionären Anschlag durfte man also in diesen Maitagen den Arbeitsdienst schließlich als eine soziale Zweckmäßigkeit und Förderung der Republik betrachten. Zu der Erkenntnis,

daß der Arbeitsdienst sich aus sozialistischer Einsicht als eine Selbstverständlichkeit ergeben mußte, war der Vorwärts zwar noch nicht gelangt, getreu seiner Methode hatte er lediglich beschlossen, was er nicht mehr verhindern konnte; denn der Arbeitsdienst hatte sich auch gegen den Willen des Vorwärts bereits zu seiner geficherten Bedeutung entwickelt. Zudem war aller Grund zu einer sehr skeptischen Einschätzung der bekundeten Meinungsänderung gegeben, weil sich eine derartige Umstellung vielfach nur als ein Etikettwechsel erweist. Um nur auf ein Beispiel von erheblicher politischer und wirtschaftlicher Tragweite hinzuweisen, sei an die Annahme des neuen Agrarprogramms durch den Parteitag in Kiel erinnert. Die Praxis unseres Zentralorgans blieb durch die agrarpolitischen Beschlüsse des Parteitags im Grunde unberührt, es trieb seine Agrarpolitik ruhig weiter wie ehemals: nach agitatorischen Bedürfnissen, ganz gleich, ob sie mit dem Geist des neuen Programms vereinbar waren oder nicht. Daß solche Skepsis auch in dem Fall des Arbeitsdienstes angebracht war, ergab sich mit überraschender Schnelligkeit. Eine Veröffentlichung des Vorsitzenden des Deutschen Bauergewerksbundes Nikolaus Johann Bernhard gegen den Freiwilligen Arbeitsdienst, den er Arbeit ohne Recht und ohne Wirtschaftlichkeit nennt, ganz aus dem Ideenkreis heraus, den der Vorwärts am 19. Mai eben abgeschworen hatte, gab dem selben Vorwärts Anlaß zu einem abermaligen Überzeugungsumschwung. Am 25. Mai schrieb er im Anschluß an die Ausführungen Bernhards:

»Weil sich die Stimmen mehren, die dafür eintreten, daß man den sogenannten Freiwilligen Arbeitsdienst nicht einfach den Reaktionären als Verluhsfeld überlassen soll, deshalb darf nicht angenommen werden, daß unsere grundsätzliche Gegnerchaft gegen den Freiwilligen Arbeitsdienst nicht mehr besteht. Wir sind nicht nur aus den von Genossen Bernhard angeführten Gründen nach wie vor grundsätzlich Gegner des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Wir lehnen ihn hauptsächlich deshalb ab, weil er die jungen Arbeitsdienstwilligen von ihrem (meist noch ungenügend erlernten) Beruf entlernt und sie wirtschaftlich noch mehr herunterbringt. Denn der Verschleiß an Wäsche, Kleidern und Schuhen ist notwendig bei grober Arbeit ein großer. Die Wirtschaftskrise wird durch diese Art Arbeit eher verschärft, weil der Anreiz zur Kapitalanlage auf dem Baumarkt völlig verschwinden muß, und weil die Kaufkraft in keiner Weise gesteigert wird.«

Vielleicht werden die Mitarbeiter der Sozialistischen Arbeiterzeitung diesen erneuten Umschlag als einen Erfolg ihrer Erziehungsbeihilfe für den Vorwärts betrachten. August Siemsen sieht in einem am 15. Mai in der genannten Zeitung veröffentlichten (in seiner Gesamttendenz übrigens durchaus richtigen, weil die nationalistische Einheitsfront aller Parteien zutreffend charakterisierenden) Artikel die Sozialdemokratische Partei in der Katastrophenfront, weil er ihr Eintreten für den Arbeitsdienst kommen sieht. Im selben Blatt stieß Paul Richartz am 19. Mai Schreckens- und Warnungsrufe aus, weil Carl Arnhold, der Leiter des Deutschen Instituts für Technische Arbeitschulung, des sogenannten Dinta, den Vorschlag des Großindustriellen Albert Vögler unterstützt, daß die jungen Menschen, insbesondere die Schulentlassenen, die ja in diesem Jahr zu Tausenden keine Lehrstellen finden, zu einer praktischen Arbeitschulung herangezogen werden sollen. In dieser Arbeitschulung sieht Richartz ein Muster für eine Notverordnung zur Arbeitsdienstpflicht. Menschen mit gefunden Sinnen, vor allem Sozialisten, werden auch die Vorschläge zur sogenannten Arbeitschulung mit Genugtuung begrüßen und sich bemühen ihre Bedenken gegen deren kapitalistischen Mißbrauch, der selbstverständlich verhütet werden muß, nur auf dem Boden der aktivsten Mitwirkung der Gewerkschaftsleiter und der sozialdemokratischen Führer zur

Geltung zu bringen. Leere Proteste sind hier höchstens Manifestationen des eignen Unvermögens Ideen in die Tat umzusetzen. Produktiv sind sie in keinem Fall; sie vermögen am wenigsten etwas zu verhindern. Vor allem gilt das auch für die Gefahren einer Militarifizierung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, die man befürchtet. Wer dagegen ernstlich ankämpfen will, darf sich eben der Leitung und Mitbestimmung nicht entziehen.

Die arbeitslose sozialdemokratische Jugend hat die offizielle Genehmigung zum Freiwilligen Arbeitsdienst nicht abgewartet und ist, getrieben von dem Schaffensverlangen, das gefunden Menschen innewohnt, vielfach schon zu ihm gegangen oder hat den Entschluß bekundet ihn aufzunehmen. Die Notwendigkeit setzt sich auch ohne obrigkeitliche Genehmigung durch und geht ihre eignen Wege. Eine andere Frage ist es nur, ob die offiziellen Repräsentanten der Arbeiterklasse sich damit abfinden wollen, daß die Bewegung immer schneller und breiter sich an ihnen vorbeibewegt. Wenn die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines sozialistischen Aufbaus seit dem politischen und militärischen Zusammenbruch des Jahres 1918 nicht völlig überleben worden wären, hätte auch die Frage des Arbeitsdienstes das erforderliche Verständnis wenigstens im Frühling des Vorjahrs finden müssen, als die Dinge so weit gediehen waren, daß eine gewisse gesetzliche Regelung sich als unumgänglich erwies. Damals, am 6. Juli 1931, schrieb ich in den Sozialistischen Monatsheften, in einem Artikel über die deutsche Not:

»Hier könnte der Freiwillige Arbeitsdienst (eine Einrichtung, die man jetzt diskutiert, und die man nicht a limine zurückzuweisen brauchte, wenn man sie nur in Einklang mit dem Klasseninteresse der organisierten Arbeiter bringt) ein Rekrutierungsgebiet finden, das im übrigen auch noch ausgedehnt werden könnte. Zu denken wäre dabei auch an die unmäßige Überfüllung der Universtitäten, die sicherlich beträchtliche Studentenmengen mit hohem Nutzen für die Willenshaft abgeben könnten. Es wäre auch ein schöner Beweis für eine richtige Selbsteinschätzung der Studentenschaft und ihrer Geistigkeit, wenn sie dem Ruf des Freiwilligen Arbeitsdienstes zahlreich folgte, um gleichzeitig auch den Übergang zu anderer und angemessener Berufstätigkeit zu finden. Eingesetzt darf der Freiwillige Arbeitsdienst natürlich nur auf Gebieten werden, deren sich ohne den Arbeitsdienst sonst niemand annehmen würde, also für Arbeiten, die nach menschlicher Voraussicht sonst ungetan blieben. Der vielfach üblichen Berechnung hoher Kosten des Freiwilligen Arbeitsdienstes wird man füglich einige Zweifel entgegenbringen müssen, aber um so mehr die Bedenken der Gewerkschaften zu würdigen haben, daß der Freiwillige Arbeitsdienst die Gefahren der Lohndrückerei, und dazu sogar noch in organisierter Form, erheben lasse. Dagegen gibt es das wirkliche Mittel: daß unsere Arbeiterführer und Gewerkschaftsleiter selber an die Spitze des Freiwilligen Arbeitsdienstes treten und damit alle schädlichen Nebenwirkungen dieser Bewegung ausschalten.«

Damals dachte man nicht daran diese Anregung, deren Befolgung grade auch den Einfluß der Gewerkschaften noch vergrößert hätte, zu befolgen.

Weshalb diese Enthalttsamkeit? Kann man sich darüber durch den Einwand trösten lassen, daß zum Kampf gegen den Fluch der Arbeitslosigkeit der vielen Millionen etwa Aktionen erfolgt wären, die größer, stärker, nachhaltiger und wirksamer gewesen wären? Nichts von Bedeutung ist geschehen. Mag man auch die Wirkung einer 40-Stunden-Woche und der Arbeitsbeschaffungsanleihe (die bestenfalls eine Wiederaufnahme von Notstandsarbeiten ermöglichen wird) noch so hoch einschätzen und noch mehr überschätzen als es vielfach geschieht: steht denn das eine dem andern im Weg? Inzwischen sind noch immer 800 000 Jugendliche ohne Arbeit im Land, die nicht nur wirtschaftlich leiden sondern in geistigen und seelischen Nöten vergehen. Über die Tragik des Lebens dieser jungen Menschen ist lange genug

